

erschien jeden Freitag nachmittags • Druk, drei halbmonatlich im im Haus 1 Markt monatlich 2 Markt; durch die Post bezogen 1 Markt (monatlich 2 Markt) ohne Zustellungsgebühr einjährlich 10 Pf. (monatlich 1 Pf.) • Abkündigung: „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Die Kommunisten“, sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern“ • Verlag und Druckerei: Dresden, II., Silbersteinstraße 2, I. Fernsprecher: 17 200. • Redaktion: Dresden-III., Körnerstraße 2, I. Geschäftsstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5-6 Uhr. Sonntags von 4-6 Uhr. • Postfachnummer 18 333 Dresden, Druck-Straße 2 • Anzeigenpreis: 50 Halbpennige für die dreimal gebildete Monatszeile, 2 Halbpennige für die Familienkreise, 10 Halbpennige für die Werbeanzeige außerhalb an den Bezugsstellen. • Preis pro Jahr 10 Pf. • Einzeln 10 Pf. • Sonntags 5 Pf.

Braun und Gebering auf schwarz-weiß-roten Krücken

Die SPD. fordert die Auflösung des Landtages — Die SPD. geht zu Hindenburg

Berlin, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Landtagswahl vom 8. Mai wurde nach der Öffnung um 1 Uhr gegen den Willen der Kommunisten auf 3 Uhr verschoben. In der Zwischenzeit gingen Verhandlungen zwischen Weimarer Parteien und Schwarz-Weiß-Roten weiter und führten kurz vor 5 Uhr zu dem Ergebnis, daß eine Erweiterung der Regierung nach rechts stattfinden soll, und daß auf Grund dieses Übereinkommens die Rechtsparteien durch Abstimmung der nötigen Anzahl von Abgeordneten das Kabinett Braun zunächst bei der Abstimmung führen werden. Von den Rechtsparteien diese Stützung zu erlangen, verzichteten die Weimarer Parteien auf eine Einbringung des Vertrauensvotums für Braun, das sie noch entlang mit großem Lärm angedeutet hatten. Nach Wiederöffnung wurde nur über das deutschnationale Mißtrauensvotum abgestimmt und dieses mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten stimmten geschlossen für das unmotivierte Mißtrauensvotum. Im Namen der kommunistischen Fraktion verlas der Genosse Bied vor der Abstimmung eine Erklärung abzugeben, wurde aber von der antikommunistischen Mehrheit daran verhindert. Die Erklärung des Genossen Bied lautete:

Durch Stimmenhaltung die Erklärung des Kabinetts Braun zu ermöglichen, obwohl sie genau weiß, daß eine solche Erklärung, möge sie werden, niemals einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Bourgeoisie führen, sondern immer nur alle Machtmittel des bürgerlichen Staates gegen die werktätigen Massen richten wird, wie sie das bisher immer getan hat. Die sogenannten republikanischen Parteien haben sich zu keiner einzigen unserer Forderungen zu irgendeiner Zeit geäußert. Sie versprechen weder den Reichstagsbeschlüssen, noch die Aufhebung der Mietsteuern, noch eine Amnestie, noch irgend welche Maßnahmen, um die Macht der monarchistischen Reaktion im Reich zurückzuführen. Statt dessen haben diese Parteien Verhandlungen mit den Parteien des Hindenburgblocks angeknüpft, um durch ein Kompromiß mit den offenen monarchistischen Parteien doch noch einige Mißverständnisse für sich zu reifen. Die kommunistische Fraktion hält den Reichstag als ein Hindernis für die Revolution an und wird daher geschlossen gegen die Regierung Braun stimmen. Die kommunistische Fraktion wiederholt ihre Forderungen nach Auflösung und Neuwahl des Landtages, um das arbeitende Volk freizusetzen zur Entscheidung über die Schandpolitik aufzurufen, die hier auf seinem Rücken getrieben wird. Die kommunistische Fraktion ruft die Massen des werktätigen Volkes, die den ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Reaktion führen wollen, auf, sich unter der roten Fahne zu sammeln gegen die reaktionäre Einheitfront, die unter dem Namen der Volksgemeinschaft alle Vorkämpfer der, von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen umfaßt.

Ueber Reformen und Kompromisse

Dem Reformisten ist die Reform ein Mittel, der Revolution „auszuweichen“. Was heißt das? Das heißt, daß der Reformist die feste theoretische Anschauung besitzt (nach der er seine Praxis einrichtet), daß die Revolution nicht nur ein Uebel, sondern ein unnützes, vermeidbares Uebel ist. Man kann es vermeiden, indem man innerhalb des Kapitalismus „Reformen“ anbringt, die Klassengegenstände allmählich abtupft und so nach und nach überhaupt die Klassenspaltung der Gesellschaft „abschafft“. Der Reformist, ob er theoretisch „bewußt“ oder nur ein von Fall zu Fall durch Empiriker und Effekter ist, hat auf jeden Fall das Verlassen, was für jede revolutionäre Praxis Voraussetzung, was für den Volkswille der Arbeiterklasse ist: die granitische Basis des revolutionären Weltbildes, die Theorie, welche uns die Gewissheit gibt, daß die gesellschaftlich-gehaltlose Entwicklung unserer gegenwärtigen Klassengesellschaft die Revolution unvermeidlich macht, nicht aber „überflüssig“ durch kleine Quacksalber; daß sie, bis zur Sprengung des Systems, die erweiterte Reproduktion seiner inneren (Klassen-) Widersprüche bringt, nicht deren Abschließung; daß sie neben der Konzentration des Kapitals und seiner Zentralisation in wenigen Händen die Konzentration des Elends auf den anderen Pol bringt, nicht aber eine „allgemeine Hebung des Wohlstands“.

Sind wir Kommunisten gegen Reformen innerhalb des Kapitalismus? Keine Spur. Aber wir haben erstens keinen Wunderglauben und keine Illusionen und haben die Pflicht, auf Grund der marxistischen Erkenntnis von vornherein auf energielose Reformen in dieser Beziehung zu kämpfen. Dies ist das erste. Zweitens haben wir nicht die Naivität, alles für eine Reform (und schon gar für eine nützliche) zu halten, was Reform genannt wird. Wir haben vielmehr die Pflicht, jede Maßnahme der herrschenden Klasse auf ihren Klasseninhalt hin zu prüfen und zu denunzieren, und jede unserer Forderungen lediglich vom Klassenstandpunkt aus zu stellen. Drittens haben wir die Pflicht, die Gaunereien der Reformisten schonungslos zu entlarven, welche so tun, als gäbe die herrschende Klasse auch nur die geringste Reform, die auch nur zeitweilig dem Proletariat nützen könnte (also die herrschende Klasse belästet oder schädigt oder schwächt), ohne daß sie erzwungen wird. Die Reformen sind „Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes“ formuliert Lenin. Viertens haben wir die Pflicht, die ausgebeuteten Massen von vornherein darauf aufmerksam zu machen, daß die herrschende Klasse den Erfolg jeder Reform rückgängig machen kann (und wird), wenn sie nicht durch das Proletariat gelöst wird. Fünftens haben wir die Pflicht, überall zu zeigen, daß solche Sanierung nur darin besteht, daß das Proletariat sich zur herrschenden Klasse macht.

So ist unser Verhältnis zu den Reformen innerhalb des Kapitalismus ein ganz und gar anderes, ein in der Wurzel anderes, als das der Reformisten. Wir wollen den Kampf um jede Reform ausnutzen zur Hebung des Klassenbewusstseins des Proletariats, zu seiner Revolutionierung, zur Erweiterung seines Horizonts, zur Steigerung seines „Appetits“, zur Verdrängung der Untauglichkeit des Reformismus, zur Erweiterung des feinsten Bewusstseins von der Unvermeidlichkeit der Revolution — die Reformisten dagegen wollen die Reformen zur Abtupfung des Klassenbewusstseins, zur „Beruhigung“ der revolutionären Massen durch Quacksalberpudding, zur Verbannung des Proletariats, zur künstlichen Abkühlung der Arbeiterklasse von den anderen Schichten der Ausgebeuteten, kurz zur Förderung der Gegenrevolution. Die Bourgeoisie geht wiederum nur zu diesem Zweck auf Reformen ein, ist also mit den Reformisten verbündet, selbst wenn ihr Reformen abgezwungen werden.

Sehr jungen und unerfahrenen Revolutionären, wie auch kleinbürgerlichen, sehr erfahrenen Revolutionären sogar vor sehr ehrwürdigem Alter, scheint es außerordentlich „gefährlich“ unverständlich, falsch, „Kompromisse zu gestalten“. Und viele Sophisten (die „übererfahrenen Volkstäter“ sind) urteilen so, wie die Genossen Landsburg angeführten englischen Führer des Opportunismus: „Wenn den Volkswille dieses Kompromiß gestattet ist, warum sind dann nicht beliebige Kompromisse gestattet?“ Die Proletarier aber, die durch viele Streiks erzogen sind (um nur die eine Hebung des

Die Fraktion der Kommunisten hat seit Beginn der Preußenreise den Standpunkt verteidigt, daß jede Regierungskritik, die aus den bürgerlichen Parteien des Landtages hervorgeht, eine arbeiterfeindliche, reaktionäre Regierung ist, gegen die die werktätigen Massen den härtesten Kampf führen müssen. Durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sind die Befürworter, die der wirtschaftlichen Krise der bürgerlichen Demokratie die von den Erzeugnissen der November-Revolution noch übrig geblieben sind, drohen, in ihrer ganzen Größe der nächsten werktätigen Bevölkerung klar geworden. Die Fraktion der Kommunisten hat durch 7 Mindestforderungen an die Parteien, die sich republikanische nennen, mit Mehrheit beschließen werden sollte, wenn diese Parteien überhaupt gewillt wären, den Kampf gegen die monarchistische Reaktion auszuweihen. Nur den Fall, daß diese Parteien der Weimarer Koalition die Durchführung dieser Mindestforderungen versprochen hätten, hat sich die Fraktion der Kommunisten bereit erklärt.

Die Sozialdemokraten gehen zu Hindenburg. Die Entscheidung der Vertreter geht mit gemäßigten Schritten vorwärts. Jeder Arbeiter muß fest leben, was von der Opposition der SPD zu halten ist. Sie bringen nur rabiate Phrasen, um die Arbeiter zu betrügen. Den Kampf gegen die Monarchie wollen sie nicht, können sie nicht führen. Nur die SPD kämpft gegen die Reaktion.

Straus aus der SPD!
Hinein in die SPD!

Braun hat die Mehrheit mit Hilfe der Deutschnationalen

Abstimmungsergebnis im Preussischen Landtag.

Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Von 450 Abgeordneten des Preussischen Landtages waren 438 zur Stelle, die sämtlich abstimmten. Ungültig keine Stimme. Für das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen wurden abgegeben 216 Stimmen, gegen das Mißtrauensvotum 222. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Heide mann (Ostpreußen) stimmte bei dieser Abstimmung mit den Sozialdemokraten. Die Kommunisten verlasen eine Erklärung abzugeben, daß sie für das Mißtrauensvotum gegen Braun gestimmt hätten, weil die Sozialdemokratie und die preussische Regierung auf die Forderungen der kommunistischen Partei nicht geantwortet hätten. Die Abgabe dieser Erklärung wurde verweigert.

Die Weimarer Koalition ist durch das Hinsinken Heidemanns auf 225 Stimmen angewachsen. Von den Sozialdemokraten fehlten bei der Abstimmung 8, darunter der Abgeordnete Kurt Rohenfeld. Von den Kommunisten fehlte Herr (Frank) und die Abgeordnete Genossin Lubowitsch, deren Eintreffen zur Abstimmung durch einen Verkehrsunfall verhindert wurde. Von der Rechtsopposition fehlten 7 Abgeordnete. Vor der Abstimmung trat das Zentrum an die Wirtschaftspartei mit dem Ersuchen heran, einige Abgeordnete abzukommandieren; die Deutsche Volkspartei wäre mit dieser Abkommandierung einverstanden. Die Wirtschaftspartei lehnten das ab mit dem Hinweis, daß die Volkspartei selbst herausgehen könnten.

Während der Abstimmung hielten sich außerhalb des Sitzungssaales auf die Abgeordneten von Syner (Deutsche Volkspartei), v. Kries (Deutschnational) und Becker (Deutschnational, Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“).

Die Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrages im preussischen Landtage

Berlin, 8. Mai. (Telunion.) Um 5.30 Uhr verkündete der Vizepräsident Dr. Kries das Ergebnis der Abstimmung. Der Landtag lehnte den deutschnationalen Mißtrauensantrag mit 222 gegen 216 Stimmen ab. Abgegeben sind 438 Stimmen, darunter keine Stimmenthaltung.

Der Weg zur „Volksgemeinschaft“

W.B. Berlin, 8. Mai. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionsabstimmung dahin ausgesprochen, daß der Weg zur Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft weiter zu verfolgen sei. Die Neubildung der großen Koalition in Preußen komme für sie wenigstens nicht in Frage.

Für Sonnabend vormittag haben die einzelnen Fraktionen vor der Plenarversammlung wieder Sitzungen abgehalten.

Die Sozialdemokraten haben ihr Einverständnis zum Zusammengehen mit den Deutschnationalen schon gegeben. Die Regierung von Becker bis Braun wird also zustande kommen.

Ausperrung der Metallarbeiter in Schlesien

Breslau. In der niederschlesischen Metallindustrie wurde der Streikspruch, der einen Stundenlohn von 50 Pfennigen vorsieht, von den Arbeitern abgelehnt. Nach der Verbindlichkeitsklärung haben einige Betriebe die Arbeit niedergelegt. Der Verband der niederschlesischen Metallindustriellen beschloß die Gesamtausperrung ab Montag, den 11. Mai.

Ein frecher Schwindel

Die „Dresdener Volkszeitung“ vom 8. d. M. verbreitet folgende Meldung:

„Volksgemeinschaft zwischen KPD. und Jungdo.“

Während der letzten Reichspräsidentenwahl sind bekanntlich in großer Zahl Flugblätter und Plakate des Inhalts verbreitet worden: „Arbeiter, Sozialisten! Kein freibetender Mensch kann den Pfaffen Marx wählen!“ Wie die Sächsisch-Republikanische Korrespondenz aus absolut zuverlässiger Quelle erzählt, kommen diese Plakate vom Jungdeutschem Orden, der sie der kommunistischen Partei zur Verbreitung bzw. zum Ankleben übergab.

Diese Mitteilung ist von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gelogen und ein frecher Schwindel. Die Vorgänge in Preußen zeigen den Arbeitern, wer Volksgemeinschaft mit den Faschisten hat.